

+++Anhang zur Pressemitteilung der AfD-Fraktion vom 02.11.2023+++

## Das 10-Punkte-Programm der AfD-Fraktion: „Raus aus dem Schuldensumpf!“

**Die AfD-Fraktion will gesunde Finanzen für Städte, Kreise und Gemeinden. So ermöglichen wir niedrige Grundsteuern und finanzieren Investitionen u. a. in Schulen, Krankenhäuser und Straßen.**

### I. Säule: Mehr Landesmittel für Kommunen

#### **1) Asylwende jetzt!**

- Asylanten kosten unsere Städte, Kreise und Gemeinden mehr als 300 Mio. Euro pro Jahr
- Die rheinland-pfälzische Ampel-Regierung erstattet nur etwa 120 Mio. Euro im Jahr
- 180 Mio. Euro müssen Städte und Gemeinden aus eigener Tasche zahlen – oft durch höhere Grundsteuern oder den Verzicht auf Investitionen, die uns Bürgern zu Gute kommen könnte

**Die AfD-Fraktion fordert:** Das Land muss abgelehnte Asylbewerber endlich abschieben und die kommunalen Asylkosten voll erstatten. Rheinland-Pfalz braucht die Asylwende dringender denn je!

#### **2) Mehr Mittel für Kommunen!**

- Seit 2007 ist der kommunale Finanzausgleich verfassungswidrig unterfinanziert
- Über den neuen Ausgleich müssen selbst verschuldete Kommunen noch höher verschuldeten
- Kommunen Geld überweisen. Motto: „Der Blinde ist unter den Einäugigen König.“

**Die AfD-Fraktion fordert:** Mehr Landesmittel im kommunalen Finanzausgleich. Im Gegenzug muss die verschwenderische Ampel-Regierung im eigenen Haushalt Mittel einsparen.

#### **3) Gemeinsam ohne Schulden**

- Das Land entschuldet nur etwa 650 von 2.450 Kommunen und das auch nur teilweise. Dabei sind fast alle Kommunen wegen der landesseitigen Unterfinanzierung stark verschuldet
- Warum sollten diejenigen keine Entschuldung erfahren, die rechtzeitig Realsteuern erhöhten und/oder auf Investitionen verzichteten?

**Die AfD-Fraktion fordert:** Sämtliche Kommunen mit Landeshilfe entschulden! Mit der sog. Haushaltssicherungsrücklage steht dafür mehr als eine Mrd. Euro sofort zur Verfügung.

#### **4) Wer bestellt, bezahlt!**

- Das ‚**Konnexitätsprinzip**‘ („Wer bestellt, bezahlt“) gilt immer dann, wenn das Land Aufgaben auf Kommunen überwälzt. Es ist in unserer Landesverfassung verankert (Art. 49 Abs. 4 und 5)
- Ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht kommt die Ampel-Landesregierung unzureichend nach; Beispiele sind die Asylunterbringung, das „Kita-Zukunftsgesetz“ und der ÖPNV

**Die AfD-Fraktion fordert:** Das Konnexitätsprinzip wird strikt angewendet. Das Konnexitätsprinzip strikt einzuhalten verhindert nebenbei, dass teure Ideologienprojekte der Ampel-Regierung als Pflichtaufgaben auf die Kommunen überwälzt werden, ohne dass die Ampel diese finanzieren muss. Somit hat das Konnexitätsprinzip präventive Wirkung.

### II. Säule: Effiziente, bürgernahe Verwaltung

#### **5) Selbstgestaltung ermöglichen**

- EU, Bund und Land übertragen den Kommunen immer mehr Aufgaben ohne sie dafür finanziell entsprechend auszustatten. Dadurch ist die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung unmöglich geworden

- Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, die Bürger verstärkt in kommunale Entscheidungen einzubinden. Mehr Bürgerbeteiligung führt zu Selbstgestaltung statt bloßer Selbstverwaltung

**Die AfD-Fraktion fordert:** Mehr Gestaltungsspielräume für Kommunen, welche Leistungen in welchem Maß erbracht werden. Insbesondere soll der Bürgerwille durch mehr Bürgerbeteiligung besser berücksichtigt werden.

#### **6) Zusammenarbeit stärken!**

- Interkommunale Zusammenarbeit verbessert die öffentliche Verwaltung: Benachbarte Kommunen helfen sich gegenseitig bei der Aufgabenerfüllung, z. B. durch einen gemeinsamen Bauhof
- Interkommunale Zusammenarbeit spart Ressourcen und ermöglicht es auch kleinen Kommunen, spezialisierte Mitarbeiter zu beschäftigen. Dadurch gibt es mehr Fachpersonal vor Ort.

**Die AfD-Fraktion fordert:** Die Rahmenbedingungen für kommunale Zusammenarbeit muss verbessert werden!

#### **7) Bürokratie abbauen!**

- Die überbordende Bürokratie hemmt Betriebe, Bürger und öffentliche Verwaltungen. Sie kostet zu viel Geld, ist ineffizient und ein großes Ärgernis

**Die AfD-Fraktion fordert:** Einsetzung eines Normenkontrollrats, der Bürokratie effizient abbaut.

#### **8) Digitaler Neuanfang!**

- Das Onlinezugangsgesetz sollte bis Ende 2022 mehr als 500 Verwaltungsprozesse digitalisieren – dieses Vorhaben ist gescheitert
- Der digitale Weg zum Amt aus dem eigenen Wohnzimmer bzw. aus dem eigenen Büro spart uns allen Zeit und Geld

**Die AfD-Fraktion fordert:** Die Digitalisierung muss konsequent vorangetrieben werden. Dazu wollen wir unnötige Bürokratie abbauen und Prozesse so verändern, dass sie digital darstellbar sind. Verwaltungsinterne Medienbrüche (z. B. von digital zurück auf Papier) darf es nicht geben.

### III. Säule: Kommunen sind wichtig für Handwerk und Mittelstand und umgekehrt

#### **9) Starker Mittelstand schafft Wohlstand!**

- Durch Grundsteuern und Gewerbesteuer sowie Gemeindeanteile an Mehrwertsteuer und Einkommensteuer profitieren auch Städte und Gemeinden vom wirtschaftlichen Erfolg ihrer Bürger und Betriebe
- Wohlstand führt zu finanziell gesunden Kreisen, Städten und Gemeinden

**Die AfD-Fraktion fordert:** Den Mittelstand – also arbeitende Bürger und Betriebe – durch niedrige Energiekosten und technologieoffene Gesetzgebung und Bürokratieabbau stärken!

#### **10) Alles auf NEU: Sanierungsstau abbauen!**

- Straßen, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser: Die öffentliche Infrastruktur ist teilweise gefährlich marode. Wie hoch der Sanierungsstau in RLP ist, weiß die Ampel-Regierung nicht genau und will es wohl auch nicht wissen
- Den Sanierungsstau abzubauen, ist ein sinnvolles Konjunkturprogramm für Mittelstand und Handwerk und verbessert die Infrastruktur für uns alle

**Die AfD-Fraktion fordert:** Ermittlung des kommunalen Sanierungsstaus und Aufstellung eines Finanzierungsplans, der binnen 15 Jahren vollständig umsetzbar ist.